

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877**

11.12.1877 (No. 292)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 11. Dezember.

№ 292.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

## Telegramme.

† Berlin, 8. Dez. Gegenüber anderweitigen Gerüchten, daß der österreichische Vorschlag auf eine sechsmonatliche Verlängerung des bestehenden Handelsvertrags diesseits bereits abgelehnt sei, ist zu konstatieren, daß die Verhandlungen derzeit noch schweben.

† Sondershausen, 8. Dez. Der Landtag genehmigte einstimmig den Staatsvertrag mit Preußen wegen des Anschlusses von Schwarzburg-Sondershausen an das Landesgericht Erfurt und das Oberlandesgericht Naumburg und verneinte die Nothwendigkeit einer Aenderung der Verfassung.

† Wien, 9. Dez. Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation nahm heute nach längerer Debatte die Vorlage des gemeinsamen Ministeriums, die Bewilligung zur Befreiung der gemeinsamen Ausgaben des 1. Quartals des Jahres 1878 betr., an. Während der Debatte erklärte Graf Andrássy, er bedauere, daß es nicht möglich gewesen, die Ausgaben für die bosnischen Flüchtlinge einzustellen, die sich im Gegentheile wesentlich gehoben hätten und beläufig 4 Millionen Gulden betragen. Die Regierung werde hierüber eine meritorische Vorlage mit genauer Rechnungslegung und Vorschlag bis zum nächsten Frühjahr der Delegation übermitteln. Gegenüber der Bemerkung eines Redners konstatiert der Minister, daß die Regierung ihr Möglichstes gethan habe, um die Befreiung von dieser Last durch das Bemitteln der Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimath zu ermöglichen. Er könne es aber nicht befürworten, die nach Oesterreich gedrängten Flüchtlinge gewaltsam in Oelnd und Verderben zurückzutreiben. — Die ungarische Delegation nahm in ihrer heutigen Plenarsitzung nach längerer Debatte den Beschlus Antrag der Subkommission über die Indemnitätsvorlage der gemeinsamen Regierung an.

† Brüssel, 9. Dez. Der ministerielle Erlaß vom 17. August, welcher die Einfuhr und Durchfuhr von Rindvieh und Schafen aus Deutschland verbietet, ist vom 12. Dezember an aufgehoben.

† Paris, 8. Dez. Die Journale bringen bezüglich der misslungenen Rabinetsbildung Dufaure's folgende Einzelheiten: Schon von der ersten Unterredung mit Dufaure an erklärte der Marschall, daß er die Portefeuilles des Aeußern, des Krieges und der Marine außerhalb der parlamentarischen Strömungen erhalten wolle. Dufaure erhob dagegen keine Einwendungen. Die Diskussion wandte sich dann auf andere Punkte, namentlich die Frage der Ministerialbeamten. Der Marschall gab in allen diesen Punkten nach. Man hielt den Erfolg für sicher, als die Forderungen der Linken bezüglich der drei Portefeuilles den Abbruch der Verhandlungen herbeiführten. Dufaure theilte dem Marschall gestern Abend den Nichterfolg derselben mit. Heute erklärt eine Note des leitenden Komit's der Linken, daß es mit Dufaure anlässlich seiner Aufgabe, ein Kabinet zu bilden, keinerlei Unterhaltung und keinerlei direkte noch indirekte Beziehung gepflogen habe.

Die Kammer hat die Wahlprüfungen wieder aufgenommen. — Batbie fährt in seinen Unterredungen wegen Bildung eines Kabinet's fort.

† Paris, 8. Dez., Abends. Die Sitzungen beider Kammern sind geschlossen, ohne daß irgend ein Zwischenfall vorgekommen wäre, geeignet, die Situation aufzuklären. — In einer Rede, die Batbie in einer Versammlung der konstitutionellen Gruppen hielt, sagte er, der Marschall habe alle mit der Ehre verträglichen Zugeständnisse gemacht. Die konstitutionellen müßten ihm künftig folgen, selbst bis zu einer zweiten Auflösung.

† Rom, 8. Dez. Die Nachricht des „Standard“, es sei ein hoher italienischer Offizier mit einer Mission für den Fürsten Nikita in Spizza eingetroffen, entbehrt der „Agencia Stefani“ zufolge der Begründung. — Im Zustande des Papstes ist wieder eine leichte Anschwellung der Füße eingetreten.

† Rom, 9. Dez. Der „Corriere d'Italia“ versichert, die beiden im Bosporus saßirten italienischen Schiffe wären bereits freigegeben, wenn nicht der britische Votschafter, Layard, durch seine Einmischung in diese Frage eine Verzögerung hervorgern hätte. England, die Verträge in seiner Weise auslegend, habe sich immer zu dem Grundsatz bekannt, daß man ein Recht habe, Schiffe, welche die Blokade brechen, zu verfolgen, auch wenn sie die Blokadelinie passirt haben. Layard habe also den Anlaß ergriffen, um das von England geübte Prinzip zur Geltung zu bringen. Seine Intervention sei durchaus nicht ein Akt der Feindseligkeit gegen Italien. Das Blatt versichert ferner aus guter Quelle, der neuernannte türkische Gesandte Turhan Bey, welcher gestern in Rom eingetroffen, werde sich beeilen, den Zwischenfall beizulegen. „Pungolo“ glaubt, der Minister des Auswärtigen, Melegari, werde die Angelegenheit der saßirten Schiffe dem Schiedsgerichte einer befreundeten Macht unterbreiten. — Der Präsident des montenegrinischen Senats, welcher mit der Fürstin von Montenegro in Neapel verweilt, ist hier eingetroffen.

† Bukarest, 9. Dez. Der Senat nahm die beantragte Adresse mit allen gegen drei Stimmen, welche sich der Abstimmung enthielten, an. Carp und Boeresco machten einige Vorbehalte mit dem Hinzufügen, sie wollten gegenwärtig die ministerielle Frage nicht stellen. Boeresco entwickelte ein Programm der auswärtigen Politik der konservativen Partei und sagte, diese Politik müsse auf den Pariser Vertrag basirt sein, damit Europa, wenn es bei dem Friedensschlusse die Unabhängigkeit und Neutralität Rumäniens anerkenne, aus letzterem eine unparteiische Schutzwache der Stabilität und Sicherheit für alle Nachbarmächte mache. Minister Coganiceano unterstützte den Adressentwurf mit der Erklärung, daß kein geschriebener Vertrag mit Rußland bestehe, daß die rumänische Regierung aber auf die Hoherzigkeit des Jaren reche und später auf die Weisheit Europa's rechnen werde. — Die Kammer nahm einen Gesetzentwurf in Betreff der Emission von 8 Millionen Franken Schatzbons zur Deckung der außerordentlichen Armeerefordernisse an.

## Kriegsnachrichten.

× London, 8. Dez. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Novibazar vom 7. d., daß eine Anzahl Serben am 6. d. die Grenze überschritten habe.

× Konstantinopel, 8. Dez. Der Kommandant von Novibazar meldet vom 6. d., daß einige serbische Bataillone am Javor eingetroffen seien und daselbst Befestigungen errichteten.

× Konstantinopel, 8. Dez. Der Gouverneur von Kosjowa meldet unterm 5. d.: Serbische Truppenabtheilungen sind am Javor erschienen. Gleichzeitig kamen 4 serbische Beamte über die Grenze, gingen nach Semidje, verlangten daselbst Aufklärung über die Gegenwart der türkischen Truppen an der Grenze und forderten, daß dieselben bis zum Mittag des folgenden Tages abziehen sollten. Am selben Tage fanden Schlägereien zwischen Serben und der türkischen Bevölkerung statt. — Mehmed Ali hat Baker das Kommando einer Division übertragen.

× London, 9. Dez. „Reuter's Bureau“ meldet aus Konstantinopel vom 8. d.: Der serbische Agent hier selbst hat bisher keine Nachricht von einer Grenzüberschreitung durch serbische Truppen erhalten. — Dem Kriegsministerium wurde aus Nißch gemeldet: An der Grenze herrscht vollkommene Ruhe. Die daselbst konzentriert gewesenen serbischen Truppen sind zurückgezogen und theilweise beurlaubt worden. — Die Nachricht von dem Erlaß eines Ultimatus von Seiten der serbischen Regierung ist unbegründet. Die Pforte erhielt neuerdings überhaupt keine serbische Note.

× Paris, 9. Dez., Abends. Der „Agence Havas“ wird aus Ragusa von heute telegraphirt: Einwohner von Stutari und die hervorragendsten Anführer in Albanien haben um Hilfe nach Konstantinopel telegraphirt, mit dem Bemerkten, daß sie sich andern Falls um Schutz an Italien wenden würden.

× St. Petersburg, 8. Dez. Offiziell. Bogot, 8. Dez. Die von unseren Truppen im Kampfe vom 3. d. genommenen Positionen umfassen auf der rechten Flanke den linken Flügel der Türken, die bei Arab-Konak und sehr nahe der Chauffee nach Sophia liegen, weshalb diese uns am 3. d. so energisch herausgeschlagen wollten und uns am 5. d. abermals in der rechten Flanke angriffen, wobei sie aber durch 3 Bataillone des Finnländischen und ein Bataillon des Pawolow'schen Regiments zurückgewiesen wurden. Wir verloren dabei 27 Mann an Obden und Verwundeten. Wir fahren mit der Beschließung Arab-Konaks fort. Die Türken vermehren dort ihre Streitkräfte.

× St. Petersburg, 9. Dez. Offiziell. Bogot, 8. Dez. Gleichzeitig mit dem Angriff auf Elena demonstrieren die Türken gegen die ganze russische Front. Am 4. d. rückten 6 Labors mit Artillerie auf der Straße von Osman Bazar gegen die russische Position bei Resrowa vor, zogen sich indeß, obwohl sie keinem größeren Widerstande begegneten, sogleich wieder zurück. Am 7. d. rückten kleinere Detachements aller Waffengattungen konzentriert von Opata und Karahassankoi gegen Polomarticha und Rowatschiza vor, beschränkten sich aber auf eine Kanonade gegen unsere auf der Straße von Polomarticha nach Zenitshessi befindliche Vorderposition. Nach einem von 2 bis 4 Uhr Nachmittags dauernden Schußwechsel zog sich der Feind zurück und unsere Vorposten besetzten ihre früheren Stellungen. Am 6. rückten wieder 5 türkische Labors mit Artillerie und Kavallerie gegen Polomarticha und Rowatschiza vor, unterhielten vom Morgen bis zur Dämmerung ein Geplänkel mit unserer Vorhut und zogen sich am Abend ebenfalls zurück. An demselben Tage unterhielt der Feind von Morgens bis 3 Uhr Nachmittags ein lebhaftes Geplänkel mit unserem bei Resrowa stehenden Detachement auf der Straße nach Osman-bazar. Außerdem begegnete am 5. d. unser von Pyrgos zur Rekognoszierung abgeandtes Detachement einer rekognoszirenden türkischen Abtheilung. Nach kurzem Geplänkel lehrte unser Detachement nach Pyrgos, das türkische nach Bassabrowa zurück. Auf unserer Seite wurden ein Offizier und vier Soldaten verwundet.

× Konstantinopel, 8. Dez. Von Seiten der türkischen Regierung wird verbreitet: Eine Rekognoszierungsabtheilung der bei Solonik stehenden Division hat die russischen Vorposten auf Awavik zurückgedrängt. Gleichzeitig hat eine russische Kolonne die türkische Kavallerie bei Solonik angegriffen, wurde aber zum Rückzuge gezwungen. Ein Angriff der Russen mit 2 Bataillonen und einer Abtheilung Kavallerie auf die Höhen von Ker-schesta nahe Kadifoci wurde ebenfalls von den Türken zurückgeschlagen. Nach der Besetzung Keschlowa's durch die Türken griffen die letzteren die Russen an, welche mit 8 Bataillonen, 2 Kavallerieregimentern und 2 Batterien die starken Abhänge von Tschewrich besetzt hielten. Die Kanonade dauerte den ganzen Tag und wurden die beiderseitigen Positionen behauptet. Die Verluste waren unbedeutend. — Eine Abtheilung Tscherkesen erbeutete einen russischen Viehtransport. — Aus Rußischul vom 6. Dez. wird gemeldet, daß die Türken Flüsse, welche für die neue russische Brücke an der oberen Donau bestimmt waren, weggenommen haben.

× Konstantinopel, 9. Dez. Ein Telegramm Derwisch Pascha's aus Datum vom 7. meldet, daß die Russen, welche am Tschurufsu angriffen, zurückgewiesen worden seien. — Mukhtar Pascha meldet aus Erzerum vom 7. d.: Die Russen erhielten Verstärkungen. Der Schneefall verhindert die Operationen und erschwert die Verbindung zwischen Erzerum und Trapezunt.

## Deutschland.

Karlsruhe, 10. Dez. Sr. Königl. Hoheit der Großherzog hat sich heute Abend nach Straßburg begeben, um in Höchsteiner Eigenschaft als Generalinspekteur der fünften Armeeinspektion die Garnisonen von Elsaß-Lothringen zu besuchen und die Offiziercorps der dort stationirten Truppen kennen zu lernen. Der Großherzog wird voraussichtlich erst am 19. oder 20. Dezember hierher zurückkehren. In der Begleitung Seiner königlichen Hoheit befinden sich der Generaladjutant, General der Infanterie, Freiherr von Neubronn, sowie die Flügeladjutanten, Major von Froben und Hauptmann Freiherr von Bodmann.

Die üblichen Mittwoch's-Audienzen finden im laufenden Monat nicht mehr statt.

○ Berlin, 9. Dez. Ihre Maj. die Kaiserin stattete vorgestern Mittag der Wittve des verstorbenen Feldmarschalls Grafen v. Wrangel einen Besuch ab. Gestern Abend 6 1/2 Uhr traf der Kaiser in Begleitung des Großherzogs und des Erbgroßherzogs von Sachsen, sowie der Prinzen Karl und Friedrich Karl von Preußen und des Prinzen August von Württemberg wohlbehalten von der bei Königs-Wusterhausen abgehaltenen Hofjagd hier wieder ein. Dem Vernehmen nach werden die erlauchten weimarischen Gäste noch morgen in Berlin verbleiben. — Die neuerdings hier hervorgetretenen, einander widersprechenden Mittheilungen über die Rückkehr des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck nach der Hauptstadt werden sämmtlich in hiesigen politischen Kreisen nicht als zuverlässig betrachtet. Wenn von der einen Seite versichert wurde, die Ankunft des Reichskanzlers in Berlin sei schon um die Mitte dieses Monats zu erwarten, so war das vorweg unrichtig, indem dessen Ueberfiedelung von Barzin hierher erst für die letzten Tage vor dem Weihnachts-Feste in Aussicht genommen war. In diesem Vorhaben ist nun aber eine Aenderung eingetreten. Wegen ungünstigen Befindens hat Fürst Bismarck es aufgegeben, bereits zu Weihnachten von seinem Landstitz nach Berlin zu kommen. Auch wird derselbe keinesfalls vor Ablauf dieses Monats Barzin verlassen. Dagegen erscheint die Angabe eines hiesigen Blattes, daß er vielleicht sogar erst im nächsten Frühjahr wieder hier seinen Wohnsitz nehmen werde, als eine nicht glaubwürdige Vermuthung. Von meist wohl-orientirter Seite verlautet mit großer Bestimmtheit, daß der Reichskanzler die Absicht habe, im Laufe des Monats Januar nach Berlin überzufiedeln. — Unter den distinguirten Personen, welche auf besondere Einladung an der gestern von Sr. Maj. dem Kaiser bei Königs-Wusterhausen abgehaltenen Hofjagd Theil nahmen, befand sich der k. k. österreichisch-ungarische Votschafter Graf v. Karolvi. Außer ihm hatten keine Mitglieder des diplomatischen Corps Einladungen dazu erhalten. Der französische Votschafter am hiesigen Hofe, Vicomte de Gontaut-Biron, wird zu heute Abend aus Paris auf seinem Posten in Berlin erwartet. Spätestens trifft derselbe morgen hier wieder ein.

Die der „Weser-Ztg.“ aus Berlin zugegangene Meldung, vom Staatsministerium sei am 6. d. M. beschlossen worden, den österreichischen Antrag wegen einer sechs Monate umfassenden Verlängerung des bestehenden Handelsvertrages abzulehnen, enthält Mißverständliches und ist mit aller Vorsicht aufzunehmen. Zunächst fehlt es noch an jeder anderseitigen Bestätigung dieser Mittheilung. Sodann kommt in Betracht, daß es bei derselben sich nicht um die Nachricht von einer definitiven Entscheidung handeln kann. Solche Vertragsangelegenheiten gehören bekanntlich nicht zur Ausschlag gebenden Kompetenz des preussischen Staatsministeriums, sondern zu derjenigen der berufenen Organe des

Deutsches Reiches. Mit ihm würde im vorliegenden Falle höchstens von einer Meinungsäußerung des preussischen Ministerrathes oder von einem für die Instruirung der preussischen Bundesraths-Bevollmächtigten maßgebenden Votum desselben die Rede sein können. Außerdem läßt die Mittheilung der „Wes.-Ztg.“, auch wenn sie im Allgemeinen begründet sein sollte, noch vollständig die Annahme offen, daß der Ministerrath sich nicht gegen eine provisorische Verlängerung des zu Neujahr ablaufenden Vertrages überhaupt, sondern nur gegen die vorgeschlagene Frist von sechs Monaten ausgesprochen habe. Jedenfalls sind die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn nicht abgebrochen und mehrfache Anzeichen deuten darauf, daß von beiden beteiligten Seiten ein ersprießliches Abkommen angestrebt wird.

† Straßburg, 8. Dez. Heute Vormittag um 11 Uhr wurde die außerordentliche Sitzung des Landesausschusses durch den Oberpräsidenten im großen Saale des Bezirkstags-Gebäudes eröffnet. Als Vorlagen bezeichnete derselbe den Gesetzentwurf über die Verlegung des Staatsjahres für das öffentliche Rechnungswesen und den Etat für das 1. Quartal 1879, ferner die allgemeine Rechnung über den Landes-Haushalt von 1875, sowie die Haushalts-Uebersichten von 1876 und einen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses zur Deckung der noch ungedeckt verbleibenden Kosten der Universitätsgebäude. Nach der Mittheilung des Oberpräsidenten wird die Reichsregierung ihrerseits die weitere Zuwendung von 2,300,000 M. zu diesen Kosten in Erwägung ziehen. Schließlich wies der Herr Oberpräsident darauf hin, wie durch das Gesetz vom 2. Mai d. J. der Landesausschuß von der Stufe einer begutachtenden Versammlung zu einem wirklichen Faktor der Gesetzgebung erhoben worden sei. Der Alterspräsident des Ausschusses, Notar und Bürgermeister Flurer von Saarunion, Ritter der französischen Ehrenlegion, wies darauf hin, daß der Zeitabschnitt zwischen der letzten Februar-Session und der jetzt beginnenden durch zwei wichtige Ereignisse sich bemerkbar gemacht habe, den Besuch Seiner Majestät des Kaisers und den Erlaß des die Kompetenz des Ausschusses erweiternden Gesetzes vom 2. Mai d. J. — „der Kaiser ist nach Elsaß-Lothringen gekommen; — Seine Majestät wollte persönlich von den Wünschen, den Bedürfnissen und dem Geiste der Bevölkerung Kenntniß nehmen; — der Empfang, den unser erhabener Landesherr gefunden, hat in ihm ohne Zweifel ein gutes Andenken, befriedigende Eindrücke hinterlassen!“ — Der Präsident erwähnte im ferneren Verlaufe seiner Rede, daß der Fortschritt, welchen das Gesetz vom 2. Mai d. J. schaffe, zu verdanken sei, „sowohl der wohlwollenden, kräftigen und ununterbrochenen Unterstützung des Oberpräsidenten, als der Haltung der elsaßischen Abgeordneten im Reichstage und den zahlreichen Sympathien, welche die Sache des Reichslandes in dieser parlamentarischen Versammlung gefunden habe“. Herr Flurer gab zum Schlusse dem Wunsche Ausdruck, daß Elsaß-Lothringen bald eine, seinen Bedürfnissen entsprechende Verfassung erlange und gleichberechtigt in die Reihen der Staaten eintrete, welche das Deutsche Reich bilden. — Endlich bat Hr. Flurer die Versammlung, sich noch zum Andenken des inzwischen verlebten Mitgliedes des Ausschusses, Hr. Abt aus Follenberg, von ihren Sätzen zu erheben, welcher Aufforderung der Ausschuß sofort nachkam. — Schon heute Abend treten die nach Beginn der Sitzung gewählten Kommissäre zur Berathung der Vorlagen zusammen und wird die Session in einigen Tagen ihre Aufgaben erledigt haben.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. Dez. Die vor Antivari ankernden italienischen Kriegsschiffe sind nach 24 Stunden wieder abgedampft. Der Befehl dazu kam direkt aus Rom, wo England erklärt hatte, daß es andern Falls genöthigt sein würde, seinerseits die doppelte Schiffszahl dorthin zu dirigieren.

Wien, 8. Dez. In der positivsten Form tritt seit Kurzem die Meldung auf, die Drei-Kaiser-Mächte hätten — sogar das Datum, 3. Dezember, wird genannt — die künftigen Friedensbedingungen endgiltig vereinbart, und mit den minutösesten Details werden diese Bedingungen verzeichnet. Ich glaube bestimmt behaupten zu dürfen, daß eine solche Vereinbarung weder erfolgt noch im Zuge ist, und es versteht sich also von selbst, daß die angeblich aus ihr hervorgegangenen Friedensbedingungen einfach nicht existieren.

#### Frankreich.

Paris, 9. Dez. Den republikanischen Blättern wird folgende Note mitgetheilt:

Da über die letzten Zwischenfälle der Ministerkrise in mehreren Zeitungen irrixe Angaben erschienen sind, ist es am Platze, den wahren Thatbestand wieder herzustellen. Nach zwei Unterredungen mit dem Präsidenten der Republik, die nur einen Ideenaustausch bedeuteten, hatte Hr. Dufaure in einem an den Marschall gerichteten Briefe die Bedingungen näher bezeichnet, unter denen es ihm möglich schien, die Bildung eines dauerhaften Ministeriums zu versuchen. Auf Grund dieses Briefes erhielt Hr. Dufaure von dem Präsidenten der Republik den Auftrag, ein Cabinet zu bilden. In der bei dieser Gelegenheit gepflogenen Unterredung sprach der Marschall den Wunsch aus, daß die gegenwärtigen Inhaber des Kriegs, der Marine und des Aeußern ihre Portefeuilles behielten; er erklärte übrigens, daß Hr. Dufaure, da ihm die Bildung des Ministeriums übertragen, auch allein (für das Einzelne) verantwortlich sei; Hr. Dufaure seinerseits äußerte sich nicht über die Personen, da er sich zuvor mit einigen seiner Kollegen, die er für das Cabinet in's Auge gefaßt hatte, berechnen wollte. Dies geschah Donnerstag um Mittag. Hr. Dufaure setzte sich unverzüglich mit vier der Kollegen, die er in seine Kombination einbezogen wollte, in Verbindung und überbrachte dem Präsidenten am folgenden Tage eine vollständige Ministerliste. Der Präsident der Republik erwiderte darauf, er könne die Wahl der Inhaber der drei oben bezeichneten Portefeuilles an keinen Andern abtreten. Die natürliche Folge dieser Antwort war, daß diese drei Minister fortan dem Einfluß des Parlaments entzogen sein sollten. Es war nicht mehr eine Personenfrage, die sich hätte diskutieren lassen, sondern eine Prinzipienfrage,

welche das konstitutionelle und parlamentarische Recht in seiner Würde berührt. Hr. Dufaure und seine eventuellen Kollegen traten nochmals zusammen und erkannten einstimmig an, daß sie sich um keinen Preis von der konstitutionellen Regel entfernen dürften. Wie bekannt stellt der Art. 6 des Gesetzes vom 25. Febr. 1875 zwischen allen Mitgliedern des Cabinets eine solidarische Verantwortlichkeit für die allgemeine Politik der Regierung auf. Diese Antwort wurde von Hr. Dufaure der Präsidentschaft überbracht. Einige Stunden später schrieb der Marschall dem Präsidenten des Senats, die Unterhandlungen mit Hr. Dufaure seien abgebrochen und er habe Hr. Batbie mit der Bildung eines Cabinets beauftragt.

Auf der anderen Seite tritt die offiziöse Agentur „Havas“ mit folgender Erklärung hervor:

Einige Blätter haben behauptet, Hr. Dufaure hätte vom Marschall verlangt, er solle sich in einer Waischaft verpflichten, von seinem Rechte, beim Senat die Auflösung der Kammer zu beantragen, keinen Gebrauch zu machen. Hr. Dufaure hat kein Ansehen dieser Art an den Marschall gerichtet und dieser kam daher nicht in die Lage, ihm ablehnend zu antworten.

Die sämtlichen Leitartikel der heutigen Blätter lassen sich in zwei Worten zusammenfassen: jeder Theil beschuldigt den andern, ihm in der letzten Unterhandlung nur eine Falle gelegt und es niemals ernstlich gemeint zu haben. In gewissen republikanischen Zeitungen lehrte außerdem die nachgerade stereotyp und bedeutungslos gewordene Phrase wieder, daß die Truppen von Paris, Versailles und Vincennes in ihren Kasernen konfignirt sind.

Einstweilen folgen sich die Parteiverfassungen in fieberhafter Eile. Alle Blicke sind natürlich auf die Gruppe der konstitutionellen vom Senat gerichtet, die gestern zwei Sitzungen gehalten hat und heute Nachmittag um 4 Uhr bei dem Grafen Bonby zu einer dritten zusammentreten soll. Hr. Batbie führte in diesen Berathungen die Sache des Marschalls und suchte die Partei für die zweite Auflösung zu gewinnen, er stieß gestern noch auf die Einsprache der Herren Bocher und Lambert de Sainte-Croix, zu einem Votum hat sich aber dieses Häuflein bisher noch nicht ausgesprochen. Wenn Hr. Batbie die sofortige Zustimmung der konstitutionellen gewinnt, will er dem „Temps“ zufolge nachfolgendes Ministerium bilden: Präsidium und Inneres Batbie, Aeußeres v. Banneville, Justiz Bonafous oder Deppeyre, Unterricht Baron le Guay, Finanzen Daru oder Staatsrath Dufraquet, zur Zeit Direktor der Depositentkasse, Krieg Rocheboudet oder Effen, Marine Roussin, Montaignac oder Dompierre d'Hornoy, Handel Ancel, öffentliche Arbeiten Montgolfier.

Von radikalen Blättern war erzählt worden, Hr. Dufaure hätte den Marschall mit den Worten verlassen: „Gestatten Sie mir, Ihnen mein Erstaunen darüber auszusprechen, daß man einen Mann von meinem Alter und von meiner Stellung eine solche Rolle spielen läßt.“ Da die „Agentur Havas“ dieser Angabe mit einem geharnischten Dementi entgegnet hat, hat sich der „Temps“ in die Lage gesetzt, die letzten Worte des Hrn. Dufaure mitzutheilen, wie sie wirklich gesprochen wurden. „Herr Marschall“, sagte der alte Staatsmann, „Sie haben während der Krise mehrere Unterredungen mit dem Präsidenten des Senats und Abgeordnetenhaus geführt; bitten Sie dieselben doch zu sich, ziehen Sie sie zu Rathe und sie werden Ihnen sagen, ob meine Anforderungen übertrieben sind.“

Ein Artikel des Hrn. John Lemoine im „Journal des Debats“ gelangt zu dem Schlusse, die einzige dem Marschall vorgezeichnete Lösung sei „ein Rücktritt, auf welchem ihm der ehrfurchtsvolle Dank der großen Mehrheit der Franzosen folgen würde“. Vox populi, vox Dei.

Der „Moniteur universel“ spricht noch diesen Abend die Hoffnung aus, der Marschall werde, nachdem er schon ganz nahe daran gewesen, sich mit Dufaure über die Ministerien der Marine und des Aeußern zu verständigen, noch ein letztes Opfer über sich gewinnen und es lediglich wegen der Vergebung des Portefeuilles des Kriegs nicht auf einen in seinen Folgen unberechenbaren Bruch ankommen lassen.

Die Minister des Aeußern und des Handels, Marquis de Banneville und Ozenne, haben gestern mit dem spanischen Botschafter Marquis von Molins eine Handelskonvention gezeichnet, welche unter anderen Bestimmungen die Abschaffung der Differenzialzölle auf Grund der gegenseitigen Bewilligung der Vortheile der meistbegünstigten Nation verabredet. Dieser Vertrag wird, sobald die von den Verfassungen beider Länder erforderlichen Formalitäten erfüllt sind, ratifizirt werden und in Kraft treten.

Die kirchliche „Union“ hat aus Rom vom 9. Dezember 11 Uhr 45 Minuten Vormittags folgendes Telegramm erhalten:

Seit zwei Tagen geht es dem Papst viel besser. Er schläft sehr gut, hat kein Fieber mehr und genügenden Appetit. Sein geistiges Befinden ist ein vortreffliches, die Kräfte kehren wieder. Die Freude im Vatikan ist groß.

#### Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 10. Dez. 13. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: Staatsminister Turban, Ministerialpräsident Geh. Rath Elsäcker, später Ministerialpräsident Stöffer, Ministerialpräsident Dr. Grimm, Ministerialrath v. Neubronn.

Durch das Sekretariat werden die folgenden beiden Petitionen angezeigt:

1) Ehrerbietige Bitte des Freiherrn Hermann von und zu Wenkingen, Grundherr alda, die Naturalabgaben an die Pfarreien, sogenannte Pfarrkompetenzen btr., übergeben von dem Abg. Paravicini;

2) wiederholte Petition der Schmalvieh-Mezger des Großherzogthums Baden, die Gewichtsbestimmung accispflichtiger Kinder und Ochsen btr., übergeben von dem Abg. v. Feder. Der Präsident gibt eine Einladung der Gesellschaft „Froschinn“ zu dem heute Abend stattfindenden Konzert be-

kannt, sowie ferner, daß die Abgg. Lender, Reichert, Hug, Frech und Pflüger ihre Verhinderung, in der heutigen Sitzung zu erscheinen, angezeigt haben.

Der Staatsminister macht die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Handelskammern.

Der Abg. v. Blittersdorff theilt im Auftrage des abwesenden Berichterstatters Frech mit, daß der Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf die Aufbringung des Gemeindeaufwandes in den Städten zc. betr. fertig sei; gleiche Mittheilung macht Namens der Budgetkommission der Abg. Friedrich bezüglich der Nachweisung der in den Jahren 1875 und 1876 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung.

Der Abg. Kopper begründet seine Interpellation. Die gegenwärtige beklagenswerthe Lage von Handel und Industrie gebe Veranlassung, darüber nachzuforschen, welche Gründe dieselbe habe und durch welche Mittel ihr abzuhelfen sei. In dem Zusammenhange, der auf eine nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges eingetretene Periode des Aufschwunges, die wir besser nicht gesehen hätten, folgte und mit dem Wiener Krach begann, sei nicht die alleinige Ursache der traurigen Verhältnisse zu erblicken. Vielmehr sei Redner der Ansicht, daß die Zoll- und Handelspolitik, welche von maßgebender Seite befolgt werde, dem Handel und der Industrie nicht die nötige Förderung angedeihen lasse. Man sei dem System des unbeschränkten Freihandels, dem Beispiele Englands, statt der Politik der Nachbarländer gefolgt, dies habe dahin geführt, daß die Handelsbilanz Deutschlands eine sehr ungünstige, eine Unterbilanz von 12- bis 1500 Millionen sei. Redner legt an einer Reihe statistischer Nachweise seine Ueberzeugung dar, daß auf dem betretenen Wege einschlagen. sonst werde man bald nur noch Zindustrie a. D. haben; wenn diese vielleicht alsdann auch noch leben könnten, so würden doch Hunderttausende von Arbeitern brodblos, und welche Verhältnisse hierdurch eintreten könnten, brauche er nicht zu erörtern. Es bestche eine Solidarität der materiellen Interessen des Vaterlandes; nur die wohlwollendste Förderung aller Zweige, von Handel, Industrie und Landwirtschaft, könne eine Garantie bieten, daß Deutschland sich in seiner jetzigen Stellung erhalte, deshalb müsse man verlangen, daß Deutschland den idealen Zielen des Freihandels nachzustreben aufhöre, daß die inländische Industrie vor der Ueberflutung durch die Konkurrenz des Auslandes geschützt, daß nicht der Ueberproduktion der Nachbarländer freier Eingang verschafft werde. Redner wolle keine chinesische Mauer, aber dem schutzlosen Auslande gegenüber einen Ausgleich. Freihandel in Deutschland und Schutz Zoll im Auslande bedeute eine Begünstigung des Auslandes; die Partei des Freihandels, die ihre Anhänger namentlich in den See-Handelsplätzen, den Kreisen der Landwirtschaft und bei den Theoretikern finde, sei darum auch in der Abnahme begriffen.

Ein Gegenstand, der mit der Zoll- und Handelspolitik zusammenhänge, sei die beabsichtigte Verringerung der Matricularbeiträge und Erhöhung der Besteuerung; man spreche mit Bezug hierauf von einer Steigerung der Tabaksteuer, sogar von einem Tabakmonopol. Eine allzu hohe Besteuerung des Tabaks werde in vielen Theilen des Landes den Wohlstand reduzieren oder ernstlich gefährden; das Monopol halte er für undiskutierbar. Er hoffe daß, falls die Angelegenheit näher herantrete, die beabsichtigten Kreisen Gelegenheit geboten werde, sich über dieselbe zu äußern.

Was die Verhandlungen mit Oesterreich betreffe, so sei beklagenswerth, daß Handel und Industrie in Ungewißheit blieben, wie die Verhältnisse sich gestalten werden; dies sei ein drückender Mißstand und es wäre sehr dankenswerth, wenn die Großh. Regierung wenigstens einige Anhaltspunkte gewähre.

Staatsminister Turban: Die Interpellation, wie sie der Großh. Regierung abschriftlich zugeföhrt worden, beschränke sich darauf, welche Stellung die Großh. Regierung bezüglich der zoll- und handelspolitischen Fragen im Bundesrathe einnehme; heute, bei Begründung der Interpellation habe der Vorredner diese Grenze nicht eingehalten, sondern eigentlich in verschiedenen Bemerkungen das Reich interpellirt. Er wolle, ehe er zur Antwort, welche er im Namen der Großh. Regierung auf die Interpellation zu erteilen habe, übergehe, voraus-bemerkend, daß seines Erachtens nicht zweckmäßig und nicht statthaft sei, die Maßregeln des Reichs in den Landtagen der Einzelstaaten einer Besprechung zu unterziehen. — Hierauf verliest Redner folgende Antwort der Großh. Staatsregierung auf die Interpellation:

Zu Frage 1. Von den gegenwärtig im wirtschaftlichen Leben herrschenden mißlichen Zuständen sind nicht allein der Handel und die Industrie, sondern nahezu alle Zweige der Erwerbsthätigkeit, und zwar sowohl in Deutschland wie in vielen anderen Staatsgebieten weithin ergriffen. Sie sind die Folge eines Zusammenflusses von Ursachen, welche zu einem großen Theil außerhalb jedes staatlichen Einflusses liegen.

Was die der Gesetzgebung und den Staatsverträgen anheimfallende Einwirkung auf Waarenausfuhr und -Einfuhr anbelangt, so geht die Großh. Regierung von der Ueberzeugung aus, daß die seiner Zeit vom Zollverein befolgte und vom Deutschen Reich übernommene Zoll- und Handelspolitik im Ganzen ebenso die Wohlfahrt der gesammten Bevölkerung wie das Gedeihen von Industrie und Handel gefördert hat.

Es würde deshalb nicht richtig sein, die Ursachen der gegenwärtig auch bei uns empfundenen ungewöhnlichen Stöckung in Handel und Gewerbe wesentlich aus der bisher beobachteten Handelspolitik zu erklären.

Wie aber das Bestreben, durch eine fortschreitende Vereinfachung des Zolltarifs und durch ein System von Handelsverträgen den Erzeugnissen deutscher Arbeit weite Absatzgebiete zu eröffnen, die Handelsthätigkeit der Nation zu beleben und ihr die Vortheile eines möglichst freien Austauschs

von Erzeugnissen unter allen Völkern in wachsendem Umfang zuzuwenden, bei gleichzeitiger Gewährung des nötigen Schutzes an wahrhaft schutzbedürftige Industriezweige von unbefriedigbarem Erfolge begleitet gewesen ist, so hat jene Handelspolitik doch ihre Voraussetzung und Begrenzung darin zu finden, daß die mit Deutschland im Verkehr stehenden Staaten auch ihrerseits die Bedingungen eines möglichst umfangreichen und unbehinderten Austauschs der gegenseitigen Erzeugnisse nicht versagen.

In diesem Sinne hat die Großh. Regierung bei den bis jetzt im Bundesrath an sie herangetretenen Fragen der Zoll- und Handelspolitik Stellung genommen und gedenkt sie, in Uebereinstimmung mit den übrigen verbündeten Regierungen, auch bei der neuen Regelung der internationalen Verkehrsbeziehungen Stellung nehmen zu können.

Zu Frage 2. Die Großh. Regierung bedauert, sich außer Stand zu sehen, über schwebende Verhandlungen oder über Maßregeln, welche nach dem Abbruch von Verhandlungen im Einzelnen in Aussicht zu nehmen wären, irgend welche Mittheilungen zu machen. Die Führung dieser Verhandlungen steht verfassungsmäßig den Reichsbehörden zu, welche, wie nicht zu bezweifeln, bemüht sein werden, alles Das vorzulehnen, was die beteiligten Kreise vor Nachtheilen zu bewahren geeignet sein wird.

Es sind zwei Anträge eingekommen: der eine von den Abgg. Kopper, Schneider und Krämer, dahin lautend, daß die Beantwortung der Interpellation zur allgemeinen Debatte gestellt werde; der andere, von den Abgg. Kiefer, Fieser und Barklin II., daß im Falle der Annahme des Antrags Kopper die Diskussion nicht heute, sondern in einer der nächsten Sitzungen vorgenommen werde.

Abg. Kiefer: Es scheint ihm, daß die angeregten Fragen nicht nur materiell in Bezug auf die Stellung der Großh. Regierung zu den Zoll-, Verkehrs- und gewerblichen Verhältnissen von großer Wichtigkeit seien, sondern auch eine sehr bedeutende staatsrechtliche Frage einschließen. Es habe ihm den Eindruck gemacht, als ob der Staatsminister erklären wolle, daß über jene Dinge in dem Hause keine Diskussion stattfinden solle, weil die Kammer dadurch sich auf Reichsgebiet begebe.

Nach Redners Ansicht könne das Haus auch über Reichsangelegenheiten verhandeln, damit die Großh. Regierung erfahre, welches die Stimmung der Bevölkerung hierüber sei, und Gelegenheit bekomme, danach ihre Stellung im Bundesrath zu nehmen. Selbstverständlich könne die Kammer sich keine Kompetenz anmaßen, die dem Reichstage zukomme; allein, da wir eine konstitutionelle Regierung haben, sei der Volksvertretung eine Mitwirkung zuzugestehen bei der Stellung der Regierung im Bundesrath, sonst ginge ein gutes Stück konstitutionelles Recht zwischen hier und Berlin verloren. Im Hinblick auf diese gewichtigen staatsrechtlichen Punkte habe er Verschiebung der Diskussion beantragt.

Staatsminister Turban erklärt ein Mißverständnis beseitigen zu wollen. Er sei weit entfernt zu behaupten, daß die Großh. Regierung nicht interpellirt werden könne über ihr Verhalten im Bundesrath. Er habe nur gesagt, daß, wie aus verschiedenen Bemerkungen des Abg. Kopper hervorgehe, derselbe sich nicht auf eine Begründung seiner Anfrage über das Verhalten der Großh. Regierung im Bundesrath beschränkt, sondern die Maßnahmen der Reichsbehörden selbst zum Gegenstand seiner Erörterungen gemacht habe, und dieses sei nicht zulässig in dem Landtage eines Einzelstaates, sondern gehöre vor den Reichstag.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Kopper und Bemerkungen zur Geschäftsordnung Seitens des Präsidenten und der Abgg. Hansjakob, Huffschild, v. Bittersdorff, Schneider und v. Feder werden die Anträge Kopper und Kiefer angenommen.

Ministerpräsident Stöcker macht dem Hause eine Vorlage betreffend die Darstellung der Vergleichung der Budgetjäre mit den Rechnungsergebnissen der Badanstalten für die Jahre 1874/75, die Nachweisungen über die Restbeträge von den durch das außerordentliche Budget der Badanstalten 1876/77 verwilligten Krediten, sowie das Budget der Badanstalten für 1878/79 nebst dem bezüglichen Gesetzesentwurf.

Das Haus geht hierauf über zu dem weiteren Gegenstand der Tagesordnung, der Verathung des Gesetzesentwurfes die Gerichtsbarkeit zur Aburtheilung der erschwerten Körperverletzungen betr.; es liegt gedruckter Kommissionsbericht vor, welcher eine veränderte Fassung des Gesetzesentwurfes beantragt.

Beim Eintritt in die allgemeine Diskussion ergreift Ministerpräsident Dr. Grimm das Wort, um gleich zu Beginn zu erklären, daß die Großh. Regierung mit dem Vorschlage der Kommission einverstanden sei.

Die Abgg. Wasser mann, Bär, Huffschild und v. Frey dorf bekräftigen den Kommissionsantrag.

Nachdem vom Regierungstisch Ministerpräsident Grimm nochmals gesprochen, wird ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Diskussion von den Abgg. Fauler, Fieser und Frei angenommen.

Bei der Spezialdiskussion wird zunächst die von der Kommission veränderte Ueberschrift in der neuen Fassung angenommen, wonach dieselbe lautet: Die Gerichtsbarkeit in Strafsachen betreffend.

Zu Art. I. berichtet der Berichterstatter Abg. Schmidt zunächst zwei Druckfehler; von den Abgg. Bär, Fieser und Kiefer und von den Abgg. Fieser, v. Bittersdorff und Kohler sind Anträge auf redaktionelle Aenderungen eingekommen, welche, nachdem die Abgg. Bär und Fieser zu denselben gesprochen, und der Berichterstatter Namens der Kommission, sowie vom Regierungstische Ministerpräsident Dr. Grimm sich mit denselben einverstanden erklärt haben, angenommen werden. Ueber den Art. I. äußern sich noch die Abg. Jungmanns und v. Bittersdorff, sowie der Berichterstatter; sodann wird derselbe angenommen.

Ebenso Art. II, nachdem Abg. Näf zu demselben eine

Bemerkung gemacht hat, worauf Ministerpräsident Dr. Grimm, sowie die Abgg. Fieser, v. Feder und Bär erwiderten.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen; der Berichterstatter Abg. Schmidt erhält nochmals das Wort. Bei der namentlichen Abstimmung wird der Gesetzesentwurf von allen anwesenden Mitgliedern einstimmig angenommen.

Derselbe lautet nunmehr: Gesetzesentwurf die Gerichtsbarkeit in Strafsachen betreffend. Artikel I. Das Gesetz vom 23. Dezember 1871, den Vollzug der Einführung des Reichs-Strafgesetzbuchs im Großherzogthum Baden betreffend, Gesetzblatt Nr. 51, erleidet folgende Aenderungen:

I. Art. 15 Ziff. 1 soll lauten: 1) im Allgemeinen sämtliche Verbrechen (im Sinne von § 1 Abs. 1 des R.-St.-G.-B.); das Verbrechen der Unzucht im Falle des § 176 Ziff. 3 des R.-St.-G.-B., schwere und im wiederholten Rückfalle verübte Diebstähle (§ 243 u. § 244 des R.-St.-G.-B.), schwere Heherei (§ 258 Z. 2 u. § 260 u. 261 des R.-St.-G.-B.), im wiederholten Rückfalle verübter Betrug (§ 264 des R.-St.-G.-B.) und Fälschung von Privaturnen aus Gewinnsucht (§ 268 Z. 1 in Verbindung mit den §§ 269 und 270 des R.-St.-G.-B.) jedoch nur dann, wenn nach den Umständen des Falles eine Zuchthausstrafe von mehr als drei Jahren begründet erscheint.

II. Art. 17 I. B. a Ziff. 7 soll lauten: 7) Körperverletzungen in den Fällen der §§ 223, 223 a und 230.

Artikel II. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1878 in Wirksamkeit.

Anhängige Strafsachen, sofern bereits ein Verweisungsbeschluss (Str.-Pr.-D. § 207) ergangen ist, und unangefochten bleibt, werden dadurch nicht berührt.

Nächste Sitzung: Mittwoch den 12. d., Vormittags 9 Uhr.

### Badische Chronik.

11 Mannheim, 9. Dez. Auf Einladung des Kaufmännischen Vereins hatte Hr. v. Schaffel die Freundlichkeit, letzten Donnerstag im großen Theatersaale seine Dichtung „Waldheimlichkeit“ vorzutragen. Der Andrang des Publikums war ein so gewaltiger, daß Hunderte wieder vor den Thüren des überfüllten Saales umkehren mußten, während eine stattliche Hörerschaft sich im Rücken des Vortragenden und der aufgestellten Originalbilder befand. Hr. v. Schaffel wurde auf das Lebhafteste begrüßt, die Versammlung folgte unter dankbarem Beifall dem Vortrage und eehrte den gefeierten Dichter zum Schluß durch mehrfachen stürmischen Hervorruf. Der Verein machte gestern bekannt, daß Hr. v. Schaffel durch seine Vermittlung einen Betrag von 200 Mark dem Vorstand des Badischen Frauenvereins überwiesen hat. — Frau Hasemann-Kläger vom großh. Hoftheater in Darmstadt, in früheren Jahren sehr beliebtes Mitglied unserer Bühne, wirkte in dem jüngsten Opernbesuch „Dorf und Stadt“ als „Lore“ mit und bewährte in ihrem vollendeten Spiel eine hohe Meisterschaft. Sie wurde mit reichstem Beifall gelohnt. — Kommenden Dienstag findet im großen Theatersaal das von Ullman veranstaltete Künstlerkonzert statt.

11 Freiburg, 9. Dez. Die diesjährige Kreisversammlung des Kreises Freiburg am Freitag den 28. d. M. dahier zusammenzutreten. Die Sitzungen finden dieses Jahr im Kaufhaus-Saal, nicht wie sonst im Schwurgerichtssaal, statt; dieselben werden bei der wie alljährlich sehr umfangreichen Tagesordnung zwei volle Tage in Anspruch nehmen.

Der erste und wohl auch wichtigste Gegenstand der Tagesordnung für die am 14. d. stattfindende Versammlung des Bürgerausschusses dahier ist der Antrag des Stadtrathes auf Ermächtigung zur Einreichung eines Gesuchs um Konzession für den Bau einer Eisenbahn von Freiburg nach Neustadt, mit Staatsbeitrag, an die Städte Freiburg und Neustadt. Es ist dabei das von Ingenieur Müller gefertigte Projekt zu Grunde gelegt. Danach belaufen sich die Baukosten der 34,7 Kilometer langen Bahn auf 8,610,000 Mark inkl. Bauzinsen und Betriebsmaterial mit Ausschluß der Güterwagen. Auf der 11,9 Kilometer betragenden Strecke Himmelsreich-Hintergarten soll das Niggenbach'sche Jagdschloß zur Anwendung kommen. Das Begehren der Petition geht dahin, daß der Staat zu dieser Bau Summe 5,000,000 Mark beitrage.

### Vermischte Nachrichten.

— In Niederbayern ist eine neue Sorte jaischer Fünfschillinge neuerdings wieder in Verkehr gesetzt worden, und zwar in großen Massen, da an öffentlichen Kassen wiederholt derartige Fälschungen angehalten worden sind.

### Nachricht.

11 Wien, 10. Dez. Die „Pesther Korrespondenz“ meldet: In der gestrigen geheimen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der ungarischen Delegation verwarf sie sich Andrassy dagegen, daß seine Politik in sogenannten offiziellen Blättern angebeutet sei, und erklärte sich im Einverständnis mit der Ansicht, daß in Europa neben den Verträgen noch ein Faktor entscheide, nämlich die Macht, und den Verträgen nur insoweit die Geltung gesichert sei, als man sie nachdrücklich unterstützen könne. Den Drei-Kaiser-Bund berührte, sagte Andrassy: Die Monarchie verfügt frei über ihr Schicksal, kein Staat Europa's kann sicherer darauf rechnen, daß seine gerechten und billigen Interessen zur Geltung gelangen werden. Andrassy erklärte sich entschieden dagegen, daß die Christen des Orients länger dem Vorurtheil überlassen werden, als hätte Oesterreich kein Herz für ihre Wohlfahrt und als wäre es unser Interesse, die Türkei in dem Zustande, worin sie vor der Bewegung war, unverändert zu erhalten. Ihm fehlte der Muth, für den Status quo der Türkei in solchem Sinne einzustehen und die Macht der Monarchie für einen Zweck einzusetzen, an dessen Berechtigung und Erreichbarkeit kein Staatsmann Europa's glaube, auch die türkischen nicht. Der Minister widerlegte den irrigen Glauben, daß wir unter dem Druck einer Macht handeln; es gebe keine Macht Europa's, die

ohne uns die Regelung der orientalischen Dinge unternehmen könnte.

11 Paris, 9. Dez., Abends. In einer heutigen Versammlung der Konstitutionellen im Senate gab Batbie Aufschlüsse über die neuesten Vorlesungen, wobei er die Loyalität und den guten Willen des Marschalls wiederholt hervorhob. Döcher und Lambert machten auf die Gefahren einer neuen Auflösung und auf die Nothwendigkeit aufmerksam, zur parlamentarischen Praxis zurückzukehren. Ein Mitglied schlug vor, noch einmal an Dufaure's Ergebnisse zu appelliren. Dieser Gedanke wurde von der Versammlung und selbst von Batbie, der den Patriotismus und die Selbstlosigkeit Dufaure's nicht genug loben konnte, günstig aufgenommen.

11 Paris, 9. Dez., Abends. Eine Versammlung der Linken bekräftigte heute von Neuem ihren energischen Entschluß, die Rechte der Kammer aufrecht zu erhalten und der Verfassung und dem Nationalwillen Achtung zu verschaffen. — Der „Moniteur“ hofft, daß der Abbruch der Verhandlungen behufs Bildung eines Ministeriums aus der Majorität kein definitiver sein möge, und hält die Situation für das Ergebnis eines Mißverständnisses, das mit gutem Willen auf beiden Seiten sich beseitigen lassen müsse. Der „Moniteur“ verkennt nicht das Prinzip, daß ein parlamentarisches Ministerium auch ein homogenes und daß dessen Mitglieder solidarisirt sein müssen; er meint aber, man müsse in der Anwendung desselben schonende Rücksicht walten lassen. Der „Moniteur“ hält eine Verständigung über Titularinhaber der drei bestrittenen Portefeuilles für möglich.

Der „Temps“ sagt, als Batbie den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums erhielt, erwiderte er dem Marschall, daß er das Nichtgelingen der Kombination Dufaure bebaure; er konnte aber den Auftrag nicht ablehnen. — In der konstitutionellen Gruppe erklärte Batbie, daß das neue Kabinett gebildet werde; aber er sei bereit, die Auflösung zu beantragen, wenn dieselbe unvermeidlich sein sollte.

### Franfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 10. Dez., die übrigen vom 8. Dez.)

Staatspapiere.	
Deutschl. 4% Reichs-Anleihe 94 1/2	Oesterr. 4% Goldrente —
Preußen 4 1/2% Oblig. 103 1/2	Oesterr. 5% Papierrente 53 1/2
Baden 5% „ 103 1/2	„ 4 1/2% „ 54 1/2
„ 4 1/2% „ 101 1/2	Bayern 4% Obl. i. Pr. à 28fr. 94 1/2
„ 4% „ 96	„ 4% „ i. Pr. à 105fr. 95 1/2
„ 4% „ 95 1/2	Rußland 5% Oblig. v. 1870 82 1/2
„ 3 1/2% „ v. 1843 fl. 94 1/2	„ 5% do. von 1871 79
Bayern 4 1/2% Obligat. fl. 93 1/2	Schweden 4 1/2% do. i. Pr. —
„ 4% „ 94	Schweiz 1 1/2% Bern-Stadt —
Württemberg 5% Obligat. fl. 100 1/2	„ 1 1/2% „ —
„ 4 1/2% „ 95 1/2	„ 1 1/2% „ —
Nassau 4% Obligationen fl. 94 1/2	„ 1 1/2% „ —
Gr. Hessen 4% Obligat. fl. 94 1/2	„ 1 1/2% „ —
Oesterr. 5% Silberrente 56 1/2	„ 1 1/2% „ —
„ 4 1/2% „ 56 1/2	„ 1 1/2% „ —

### Actien und Prioritäten.

Reichsbank 156 1/2	5% Danau-Drau 53 1/2
Badische Bank 104	5% Franz-Josef-Prior. 72 1/2
Deutsche Vereinsbank 70 1/2	5% Kronpr. Rudolf-Prior. —
Parasitender Bank 101	von 1867/68 —
Oesterr. Nationalbank 681	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869 62 1/2
Oesterr. Kredit-Actien 176 1/2	5% „ „ „ „ „ 72 1/2
Preussische Kreditbank 86	„ „ „ „ „ 63 1/2
Deutsche Effektenbank 106 1/2	5% „ „ „ „ „ 58 1/2
4 1/2% Präm. Markbahn 500 fl. 115 1/2	5% Ungar. Ost.-Prior. i. E. 53
4% Präm. Rheinbahn 250 fl. 77 1/2	5% Ungar. Nordost.-Prior. 55 1/2
5% „ „ Staatsbahn 220 1/2	5% Ungar. Galiz. 55 1/2
5% „ „ Süd-Lombarden 65 1/2	5% Ungar. Sil.-Anl. 69 1/2
5% „ „ Nordwestb.-A. 90	5% „ „ „ „ „ 77 1/2
5% „ „ „ 2. Em. 200 fl. 98	5% „ „ „ „ „ 46
5% „ „ „ 200 fl. 144 1/2	5% Oesterr. Staatsb.-Pr. —
5% „ „ „ 109 1/2	5% Oesterr. Staatsb.-Pr. 64 1/2
5% „ „ „ 209 1/2	5% „ „ „ „ „ 42 1/2
5% „ „ „ 52 1/2	5% Rheinische Hypothekenbank-Pfandbriefe 1 1/2fr. —
5% „ „ „ 77 1/2	4 1/2% „ „ „ „ „ 97 1/2
5% „ „ „ 77 1/2	5% Pacific Central 100 1/2
5% „ „ „ 65 1/2	5% Südl. Pac. Rifson 71 1/2
5% „ „ „ 65 1/2	—

### Anlehensloose und Prämienanleihe.

5 1/2% Preuss. Präm. 100 Thl. —	Oesterr. 4% 250 fl. Loose v. 1864 —
Österr. 100 Thaler-Loose 109 1/2	„ 5% 500 fl. „ v. 1860 105 1/2
Bayr. 4% Prämien-Anl. 119 1/2	„ 100 fl. Loose v. 1864 248 —
Badische 4% „ 133.80	Ungar. Staatsloose 100 fl. 151 —
„ 35 fl. Loose 183.80	Roab-Crazer 100 Thl. Loose 70 1/2
Braunschw. 20 Thl. Loose 81.80	Schwedische 10 Thl. Loose 43.80
Größh. Hessische 25 fl. Loose —	Simuländer 10 Thl. Loose —
Ansbach-Gunzenhauf. Loose 23.80	Reininger 7 fl. Loose 18.60
—	3% Odenburger 40 Thl. —

### Beckelkurse, Gold und Silber.

London 10 Pf. St. 4% 204.40	Ducaten . . . . . 9.55—60
Paris 100 Frs. 2% 81.20	20-Francs-St. . . . . 16.21—25
Wien 100 fl. öst. W. 4 1/2% 169.5	Engl. Sovereigns . . . . . 20.33—38
Disconto . . . . . 4 1/2%	Russische Imperial . . . . . 16.67—72
Holländ. 10 fl. St. . . . . 16.65	Dollars in Gold . . . . . 4.17—20

### Wendung: fest.

Berliner Börse. 10. Dezember. Kreditactien 354.50, Staatsbahn 444.—, Lombarden 132.—, Disc. Commandit 107.50, Reichsbank 157.—, Tendenz: fest.

Wiener Börse. 10. Dezember. Kreditactien 208.60, Lombarden 76.70, Ansbach 89.70, Napoleonsd'or 9.59 1/2, Tendenz: still.

New-York, 10. Dezember. Gold (Schlußkurs) —.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Göll in Karlsruhe.

### Großherzogtl. Hoftheater.

Dienstag, 11. Dez. 4. Quartal. 137. Abonnementsvorstellung. Der Widerspenstigen Zähmung, komische Oper in 4 Akten, von Hermann Göll. Anfang 1/2 7 Uhr.

### Theater in Baden.

Mittwoch, 12. Dez. Verbot und Befehl, Lustspiel in 5 Akten, von Friedrich Palm. Anfang 1/2 7 Uhr.

**Todesanzeige.**  
 U. 197. Karlsruhe. Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser geliebter Vater, Großvater, Bruder und Schwager  
**Albert Salzer**  
 heute Nachmittag nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist.  
 Karlsruhe, den 9. Dezbr. 1877.  
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet Dienstag den 11., Nachmittags 2 1/2 Uhr, statt.

U. 157. Das beste diesjährige Spiel ist frei nach Busch  
**Humoristisches ABC Spiel**  
 für die Jugend von 6-11 Jahren.  
 Endlich einmal eine andere Spielart, die nicht bekannt.  
 Preis 1 Mark 80 Pf. Pracht-Ausgabe mit Wirtelnoten und vielen Ueberrassungen 4 Mark.  
 Borrätzig in allen Buchhandlungen.

U. 885. 4. In allen Musikalienhandlungen zu haben:  
**Ludwig Dill,** Klavier-Sonaten.  
 I. Serie: D-moll, H-moll, Es-dur, E-moll, As-dur u. Cis-moll; à Mk. 2 bis Mk. 2.50.  
**Ludwig Dill,** Klavier-Sonaten.  
 II. Serie: G-dur, B-dur, C-moll, A-dur, Des-dur u. G-moll; à Mk. 1.50 bis Mk. 2.  
**F. C. C. Reutart,** Verlagshandlung in Leipzig.

**Für Steuerkommissäre!**  
 U. 140. 2. Ein geübter Gehilfe II. Klasse, auch in auswärtigen Anstellungen bewandert, sucht auf 1. März n. 3. oder früher Stelle. Näheres durch die Exped. d. Blattes.

**Kellner-Gesuch.**  
 U. 178. Für eine bessere Restauration wird ein tüchtiger Kellner gesucht. Ohne gute Zeugnisse unzulässig, sich zu melden. Zu erfragen bei der Expedition d. Bl.

**Stelle-Gesuch.**  
 Ein Notariats-Assistent, welcher schon Notariatsverwalter war, sucht in einem Amtsgerichtsbezirk, wo es Gelegenheit zu Stellung von Vormundschafts- und Kuratelrechnungen gibt, als Rechnungsführer sich niederzulassen. Da viele Herren Gerichtsnotare neben ihren Gerichtsnotariaten auch noch Notariatsdistrikte haben, so erbietet sich dieser Assistent, neben der Rechnungsführung auch noch in Notariatsgeschäften auszuhelfen. Auskunft erteilt die Exped. d. Bl. U. 176.

**Stelle-Gesuch.**  
 U. 184. 2. Ein junger Mann, militärisch, welcher 6 1/2 Jahre in einer Strohhutfabrik, verbunden mit Manufaktur- und Colonialwaaren an gros & en détail, konditionierte, sucht, gestützt auf gute Referenzen, per Januar 1878 unter bescheidenen Ansprüchen anderwärts Stellung, wo möglich in gleichen Branche. Franco Offerten nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

**ASTHMA**  
 Katarh, Entzündung, und alle Krankheiten der Respirationorgane werden durch die  
**TUBES LEVASSEUR**  
 geheilt. Preis: M. 2.50.  
**NERVENLEIDEN**  
 Ausgezeichnete Heilung durch die nervenstärkenden Pillen des Dr. CROZIER. Preis: M. 2.70 per Schachtel.  
 LEVASSEUR, pharm. Chem. f. CLUZEL, r. de la Monnaie, Paris. - Central Depot bei BELAÏN & Co. Frankfurt a. M.

**Mk. 3000 bis 4000**  
 werden gegen doppelte solide Bürgschaft und entsprechende Verzinsung von einem Fabrikgeschäft aufzunehmen gesucht.  
 Off. Offerten sub 8224 an Herren **Hausenstein & Vogler** in **Strassburg i. E.** U. 145. 2.

**Für Pferdebesitzer.**  
 Patent-Schrot- und Quetsch-Maschine.  
 Durch Massenfabrication mit Special-Maschinen  
 Nur 30-40 Mark.  
 Falter-Extrakt 20-35 0  
 Maschine sehr gut. Keine Gefahr im Fall der Explosion. Jeder Selbstbedienung auch kleinere Maschinen. Für alle Arten Getreide u. pflanzliche Nahrungsmittel. Ganz aus Eisen u. Stahl. Leistung 100 Pfd. pro Tag, 200 Pfd. pro Tag, 300 Pfd. pro Tag, 1000 Stück in 6 Monaten.  
 Nach geliebten Nummern. Verlangt Preisveranschlagung und Katalog.  
 Miesbach Filzschrein, Eisenwerk Gaggenau (Baden).  
 U. 195. 2. B r i e f c h.

**Bekanntmachung.**  
 Die auf Donnerstag den 13. dieses Mts., Vormittags 10 Uhr, vom Bürgermeisterrate Miesbach anberaumte Jagdverpachtung der Gemarkung Miesbach findet eingetretener Hindernisse wegen nicht statt.  
 Miesbach, den 8. Dezember 1877.  
 J. u. d. B.:  
 Gemeindevorstand  
 Oberle.  
 vdt. Kaffetter.

**E. Schering's Pepsin-Essenz** nach Vorschrift des Professor Dr. O. Liebreich.  
 Nach Untersuchung von Dr. Mager und Dr. Panum das wirksamste von allen Pepsinpräparaten, ist als wohlschmeckendes, diätetisches Mittel bei **Appetitlosigkeit, schwachem oder verdorbenem Magen** etc. als ärztlich erprobt zu empfehlen. Preis pr. Flasche 15 und 20 Sgr.  
**Drogen, Chemikalien, cosmetische Seifen, Salicylsäure-Mittel** etc. empfiehlt  
**Schering's Grüne Apotheke in Berlin Chausseestrasse 21.**  
 Wittich & Senfendorf.  
 Briefliche Bestellungen werden prompt ausgeführt. Für Wiederverkäufer Rabatt. U. 285. 11.

**Nur Ein ULLMAN-CONCERT.**  
 Mittwoch 12. Dezember, Abends 7 Uhr.  
**DESIRÉE ARTOT,** **SIG. PADILLA,**  
**LOUIS BRASSIN,** **H. WIENIAWSKI,**  
 Pianist, Violinist,  
**G. BOTTESINI,** **CARLO BOSONI.**  
 Contrabassvirtuos,  
 Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, sind die Preise der Plätze folgende:  
 Feste Plätze 4 und 3 Mk. Eintrittskarten 2 Mk.  
 Billet-Verkauf nur gegen baar bei **L. F. Schuster,** Musikalienhandlung.  
 U. 195. 1.

**GEBR. TRAU, Pianoforte-Fabrik.**  
 (Goldene Medaille)  
**Grosse Pianofortelager.**  
 Karlsruhe Heidelberg  
 4 Erbprinzenstraße. 108 w. Hauptstraße.  
**Concert-, Salon- und Stub-Fügel.**  
**Pianinos, Tafel-Pianos und Harmoniums**  
 Reiche Auswahl. Fabrikpreise. Garantie.  
 Umtausch gespielter Instrumente.  
 Unser Fabrikat erzielte: höchste Anerkennung u. I. Preis (Goldene Medaille) auf Ausstellung Heidelberg 1876 und Ausstellung Karlsruhe 1877.  
 Unsere neuen, geräumigen Säle gestatten Aufstellung einer großartigen Auswahl.  
 Vermietung neuer und gebrauchter Instrumente zu billigen Preisen.

**Karlsruhe. Neuheiten aller Art zu Weihnachts-Geschenken**  
 meist deutscher Fabrication aus dem kunstgewerblichen Gebiete in Bronze, Eisenguss, Majolika, Crystall etc. in japanischen Artikeln treffen fortwährend ein bei  
**U. Winter & Sohn,**  
 Friedrichsplatz Nr. 6.  
 Repräsentanten von Christoffel & Cie.

**Coca**  
 Aechte aus frischer Pflanze dargestellt, entfalten die volle Wirksamkeit der Coca, des berühmten Heil- und Kraftmittels der Indianer Perus. Ihrem Gebrauche, dort seit Urzeiten heimisch, schreibt Alex. v. Humboldt das totale Fehlen von Asthma u. Tuberculose auf den Anden zu, und die Koryphäen der Wissenschaft aller Länder sind darin einig, dass keine Pflanze des Erdalles so glückliche Heilwirkungen auf die Organe der Atmung und Verdauung mit so enormer konstanter Kräftigung des Nerven- u. Muskelsystems (Cocagenus allein erhält die Peruaner bei härtester Arbeit vollkräftig) vereinigt, als eben die Coca. Ob Präparate, für die verschiedenen Krankheitsgruppen verschieden kombiniert und in vielen Ländern autorisirt, sind das Endresultat gründlicher Studien und Versuche Pr. Dr. Sampson's, des direkt dazu veranlassenden Schülers v. Humboldt's. Humboldt's Empfehlung Ehre machend bewährten sich seit vielen Jahrzehnten (eklatanteste Dankschreiben Geheilte) selbst in verzweifeltsten Fällen: Coca-Pillen I gegen Hals-, Brust- und Lungenleiden, Coca-P. II gegen hartnäckigste Störungen der Verdauung, Hämorrhoiden etc., Coca-P. III als unersetzlich gegen allgem. Nervenschwäche, Hypochondrie, Hysterie etc., und hervorragend gegen spezielle Schwachzustände (Pollutionen, Impotenz etc.). Coca-Spir., gegen Kopfschmerz, Migräne etc. Preis n. d. deutschen Arzneitaxe Flac. od. Schachtel 3 Rmk., 6 Sch. 16 Mark. Beherrschende Abhandlung Prof. Sampson's gratis franco d. d. Mohrenapotheke Mainz u. deren Depots: in **Karlsruhe:** Th. Brugier, en gros; in **Badenweiler:** A. Steinhofen, Grossh. Hof Apoth.; **Baden-Baden:** beide grossh. Hofapotheken v. Billharz u. Jehens; **Constanz:** M. Torrent, Apoth.; **Strassburg:** A. Schaffitzel, Sternapoth. Steingasse 27. 3. 62. 14.

**ÄCHTES BOTOT WASSER**  
 Einziges Zahnreinigungsmittel  
 VON DER MEDIZINISCHEN ACADEMIE IN PARIS GUTGEBEISEN  
**BOTOT'S PULVER**  
 China Zahnreinigungsmittel  
**TOILETTEN-ESSIG** | **LE SUBLIME**  
 vorzügliche Qualität. | Hält das Ausfallen der Haare sofort auf.  
 HAUPT NIEDERLAGE: 229, rue Saint-Honoré, bei der rue Castiglione.  
 Paris NIEDERLAGE: 18, boulevard des Italiens. Paris.  
 In **Carlsruhe** Niederlage für Deutschland bei Herren **WOLFF u. SCHWINDT.**  
 Berlin: Hch. MEYER jr., 48, Krausenstrasse.

U. 128. 2. Baden.  
**Geld anzuleihen.**  
 Bei unterzeichneter Verwaltung K. 95,000 Mk. gegen gesetzliche Versicherung im Ganzen oder in einzelnen Beträgen zum Ausleihen bereit.  
 Baden, den 8. Dezember 1877.  
 Großh. vereinte Stiftungsverwaltung.  
 P. 301 b.

**Niederländisch - Amerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.**  
 Directe und regelmässige Post-Verbindung  
**Rotterdam - New-York.**  
 Abfahrten am 22. Dec., 5., 19. Januar u 2 Febr. 1878.  
 Passage-Preise: I. Klasse M. 835. II. Klasse M. 250 und M. 170.  
 Zwischendeck M. 90.  
 Nähere Auskunft erteilen die **Direktion in Rotterdam**, sowie wegen Passage der General-Agent: **Nich. Wirsching, Mannheim.** P. 668. 6.

**Hand- und maschinengestrickte Socken und Strümpfe**  
 in verschiedener Qualität zu den billigsten Preisen bei  
**F. D. Zutt,**  
 U. 24. 2. Langestraße Nr. 156, gegenüber der Infanterie-Kaserne.

U. 198. 1. Pforzheim.  
**Mobiliar,**  
 gebrauchtes, für eine Gartenwirtschaft und Laternen hierzu werden gekauft  
 Bleichstraße 68, 1 Treppe.  
 U. 194. 1. Oberkirch. Der Unterzeichnete empfiehlt zu Weihnachtsgeschenken:  
**altes Kirchwasser und Heidebergweiss**  
 aus dem Renththal, in Flaschen.  
 Oberkirch, den 8. Dezember 1877.  
**August Christ.**

U. 171. 2. Karlsruhe.  
**Mastvieh- und Früchte-Versteigerung.**  
 Mittwoch den 12. Dezbr. d. J., Nachmittags 2 Uhr, werden bei Großh. Infanterie-Defonomie zwei Stück fetter Kühe, circa 220 Ctr. Gewicht, " 90 " Korn und " 20 " Hafer öffentlich versteigert.  
 Karlsruhe, den 7. Dezember 1877.  
 Großh. Infanterieverwaltung.

U. 159. 2. Stollhofen.  
**Jagdverpachtung.**  
 Die Gemeinde Stollhofen, Amts Rastatt, läßt am Samstag den 15. Dezember d. J., Nachmittags ein Uhr, in ihrem Rathhause die Jagd auf ihrer Gemarkung, ca. 3200 Morgen groß, einschließlich ca. 600 Morgen Rheinlehwald, auf sechs Jahre in Pacht öffentlich versteigern, wozu Pächterhaber eingeladen werden.  
 Stollhofen, den 6. Dezember 1877.  
 Das Bürgermeisteramt.  
 Seiter.

U. 184. 1. Mühlhausen i. E.  
**Submission.**  
 Das 4. Badiische Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112 steht auf dem Wege der Submission 600 Stück Tornister neuester Probe ohne Riemen. Die darauf Restitirenden wollen die Preisofferten bis zum 27. Dezember cr. einleiben.  
 Mühlhausen i. E., im Dezember 1877.  
**Cardinal von Widdem,**  
 Major und Präses.

U. 192. St. Leon.  
**Forstsaamenzapfen-Versteigerung.**  
 Der Erwerb an Forstsaamenzapfen aus unseren Domänenwaldungen wird Samstag den 15. d. M., Nachmittags 2 Uhr, im Gerichtshaus zu St. Leon versteigert.  
 St. Leon, den 6. Dezember 1877.  
 Großh. bad. Bezirksforstl. Samm.

**Berm. Bekanntmachungen.**  
 U. 183. Mannheim.  
**Liegenschafts-Versteigerung.**  
 In Folge richtiger Verfügung wird das der Johann Kurzer Wittwe, Karolina, geb. Wamböser, dahier, gehörige Wohnhaus Litera F. 6 Nr. 18 hier, gerichtlich geschätzt zu 6,500 M. Sechstausend fünfshundert Mark, am  
 Donnerstag den 27. Dezbr. 1877, Nachmitt. 4 Uhr, im Rathhause dahier, öffentlich versteigert, und dem höchsten Gebote der enghültigen Zuschlag erteilt, wenn solches mindestens den Schätzungspreis erreicht.  
 Hiervon erhält der in Amerika an die meisten unbekanntem Orten abwesende Unterpfandgläubiger Christian Anraher von hier Nachricht, mit dem Anfügen, daß wenn er nicht bis zur Steigerungstag seine Forderung anmeldet, er bei Verweigerung des Erlöses keine Berücksichtigung finden kann, und alle ihm betreffenden Verfügungen lediglich an die Gerichtsstelle werden angehängt werden.  
 Mannheim, den 6. Dezember 1877.  
 Der Vollstreckungsbeamte:  
 Kofler, Kofler.

U. 179. Stodach.  
**Holzversteigerung.**  
 Es werden mit Borgfrist bis zum 1. August l. J. versteigert:  
 Mittwoch den 19. d. M., Morgens 9 Uhr im Rathhause in Liptingen:  
 aus den Waldungen bei Heudorf und Roggenwies:  
 135 Nadelstämme II., III. und IV. Klasse, 8 Buche und 3 Nadelstämme, 380 Ster buchenes, schälbares und tannenes Schichtholz, 65 Ster verschiedenes Stodholz, 1250 eichene Schälwellen;  
 aus den Waldungen bei Wehretten und Altenthal:  
 12 Ster verschiedenes Schichtholz, 1400 buchenes Durchforstungswellen, 1 Ross Schlägramm.  
 Das Langholz ist verbracht und wird von den Waldhütern Messer in Heudorf und Roggenwies auf Waldhof vorgelegt.  
 Stodach, den 8. Dezember 1877.  
 Großh. bad. Bezirksforstl. Samm.

**Bekanntmachung.**  
 Folgende im Bezirks-Materialien-Magazine der Kaiserlichen Ober-Postdirektion hierseits, Herrenstraße Nr. 23, vorhandene Materialien, als  
 ca. 365 Kilogramm altes Schmiedeeisen, bestehend in Isolator-Stützen, Mauerbügeln, Werkzeugen etc.,  
 1459 Kilogramm altes Gussstahl,  
 678 " alter Leitungsdraht,  
 7 " isolirter Kupferdraht, altes Messing,  
 sollen an den Meistbietenden gegen Baarzahlung verkauft werden.  
 Die Materialien können Vormittags von 8-12 und Nachmittags von 2-4 Uhr im genannten Materialien Magazine besichtigt werden.  
 Schriftliche Preis-Offerten per Kilogramm jeder Sorte sind versiegelt mit der Aufschrift: "Preis-Offerte wegen Ankaufes alter Materialien", bis spätestens den 20. Dezember, Vormittags 10 Uhr, an das Kaiserliche Telegraphen-Amt hierseits einzuliefern.  
 Karlsruhe in Baden, 8. Dezember 1877.  
 Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.  
 Bahl.

U. 151. 2. Nr. 361. Forbach.  
**Brennholzversteigerung.**  
 Am Samstag den 15. d. M., Vormittags 10 Uhr, werden im Wirthshaus zu Herrenwies aus diesseitigen Domänenwaldungen nachverzeichnete Brennholz mit Borgfristversteigerung versteigert:  
 161 Ster Buchenscheit, 764 Ster Nadelstamm und 1601 Ster Kahlholz.  
 Anzüge aus den Kaufmännischen erteilt Waldhüter Müller in Herrenwies.  
 Forbach, den 5. Dezember 1877.  
 Großh. Bezirksforstl. Herrenwies.  
 Biegler.

U. 190. Breisach.  
**Berichtigung.**  
 Die in der Anündigung vom 31. Oktober d. J. auf Donnerstag den 13. ds. Mts. festgesetzte Jagd der Versteigerung der Liegenschaften aus der Gemarkung des Bernhart Vögle von Gündlingen wird auf Montag den 24. dieses Monats, Nachmittags 2 Uhr, im Rathhause in Gündlingen verlegt, unter dem Anfügen, daß die in der erwähnten Anündigung beschriebenen Liegenschaften nicht im Einzelnen, sondern im Klumpen ausbezogen werden, unter Zugrundelegung des Kaufpreises von fünfshundert Mark.  
 Breisach, den 5. Dezember 1877.  
 Der Vollstreckungsbeamte:  
 Springer.